

Sachdokumentation:

Signatur: DS 3992

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/3992



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

17. Mai 2022

Hate Crime Bericht 2022

Bericht über das Monitoring LGBTQ-feindlicher
Diskriminierung & Gewalt in der Schweiz 2021



Inhalt

1.	Das Wichtigste in Kürze	4
2.	Meldestelle für Hate Crimes: Die Zahlen	5
2.1	Erfassung und Auswertung	5
2.2	Anzahl erfasster Meldungen	5
2.3	Alter der Meldenden	6
2.4	Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung	7
2.5	Orte	8
2.6	Art der Gewalt	8
2.7	Anzeigen bei der Polizei	9
2.8	Psychische Folgen	10
2.9	Verteilung nach Kantonen	10
3.	Die Dunkelziffer: Eine Annäherung	11
4.	Kampagne «Ehe für alle»: Die Schattenseite	13
5.	Auswirkungen von Hate Crimes auf die Community: Die Folgen	14
6.	Politik und Zivilgesellschaft müssen handeln	15
6.1	Nationaler Aktionsplan: Das Parlament muss handeln	15
6.2	Transfeindlichkeit näher untersuchen	15
6.3	Zivilcourage ist gefragt	16
7.	Begrifflichkeiten	17

Impressum

Herausgeberin: LGBT+ Helpline

Partnerorganisationen: Pink Cross,
Lesbenorganisation Schweiz (LOS),
Transgender Network Switzerland (TGNS)

Mitarbeit an diesem Bericht:

- » Dominik Steinacher, Pink Cross
- » Roman Heggli, Pink Cross
- » Alessandra Widmer, LOS
- » Alecs Recher, TGNS

Datenanalyse: Dominik Steinacher

Übersetzung: Rébecca Geissbühler

Veröffentlichung: 17. Mai 2022

Im Jahr 2021 erfasste die LGBT+ Helpline 92 LGBTQ-feindliche Angriffe und Diskriminierungen – 50% mehr als im Vorjahr.

Zwei Hate Crimes pro Woche werden gemeldet – und die Dunkelziffer ist riesig.

Das klare JA zur «Ehe für alle» war ein grosser Erfolg.
Doch die Kampagne hat auch zu deutlich mehr Hasstaten geführt.
Politik und Zivilgesellschaft müssen handeln!

1. Das Wichtigste in Kürze

Seit 2016 können LGBTQ-feindliche Hate Crimes bei der «LGBT+ Helpline» gemeldet werden. Diese Meldestelle verfolgt das Ziel, die Situation in der Schweiz sicht- und messbar zu machen – denn offizielle Erhebungen fehlen grösstenteils noch immer.

Die Auswertung der Vorfälle, die zwischen Januar und Dezember 2021 der LGBT+ Helpline gemeldet wurden, zeigen ein erschreckendes Bild:

- Mit **92 Hate Crimes wurden 50% mehr Fälle** als im Vorjahr gemeldet. Somit wurden pro Woche fast zwei Hate Crimes gemeldet.
- Während der Kampagne für die «**Ehe für alle**» (**Juni-September 2021**) wurden **44 Fälle gemeldet**. Fast die Hälfte der Hate Crimes des Jahres 2021 wurden also in lediglich vier Monaten gemeldet.
- Ca. 80% der Meldenden wurden beleidigt und beschimpft, **etwa 30% hatten physische Gewalt erlebt**. Nach einem Rückgang im Jahr 2020 (18% physische Gewalt) ist dieser Anteil wieder auf dem Niveau der vorherigen Jahre. 12% der betroffenen Personen haben Verletzungen vom Angriff davongetragen.
- Der Anteil von Meldungen von **trans Personen (32%, davon 14% nicht binäre Personen) hat stark zugenommen**. 45% der Meldenden haben angegeben, aufgrund des Geschlechtsausdrucks diskriminiert worden zu sein.
- Die wenigsten Hate Crimes werden angezeigt. Von allen gemeldeten Hate Crimes wurden **nur knapp 20% der Polizei gemeldet**. Wer Anzeige erstattete, erlebte meist eine sachliche Reaktion der Polizei.

→ Die meisten Hate Crimes fanden auch 2021 im öffentlichen Raum statt. **Die Zivilgesellschaft schaute dabei meistens weg.**

→ **Betroffen sind vor allem junge Menschen.** So ist 2021 eine auffällige Häufung von Meldungen von Personen unter 22 Jahren zu verzeichnen.

→ **Über die Hälfte der Meldenden gaben an, psychische Folgen** vom Vorfall davongetragen zu haben. Dies kann dazu führen, dass sich LGBTQ-Menschen nicht mehr sichtbar als queere Person auf die Strasse trauen.

Der Vergleich mit ersten staatlichen Erfassungen zeigen, dass die Dunkelziffer enorm hoch ist. Es muss davon ausgegangen werden, dass die tatsächliche Anzahl von Hate Crimes um ein Vielfaches höher liegt.

Politik und Zivilgesellschaft müssen hinschauen

Die Zahlen sprechen seit Jahren eine eindeutige Sprache: LGBTQ-Feindlichkeit ist konstant und weit verbreitet. LGBTQ-feindliche Hate Crimes sind alltägliche Realität und haben sowohl für die direkten Opfer als auch für die ganze queere Community schwerwiegende Folgen.

Das Parlament ist nun gefordert, einen nationalen Aktionsplan gegen LGBTQ-feindliche Hate Crimes zu beschliessen, um koordinierte und wirksame Massnahmen auf allen Staatsebenen zu ermöglichen.

Doch neben der Politik ist auch die Zivilgesellschaft gefragt: Bei den meisten Hate Crimes wird bisher weggeschaut – das muss sich ändern. Die LGBT-Dachverbände appellieren an die Bevölkerung, bei Angriffen gegen LGBTQ-Personen nach ihren Möglichkeiten einzugreifen und Zivilcourage zu zeigen!

Nur so kann sich die Situation in Zukunft verbessern – damit lesbische, schwule, bisexuelle, trans und queere Menschen ohne Angst und Diskriminierung leben können.

2. Meldestelle für Hate Crimes: Die Zahlen

2.1 Erfassung und Auswertung

Die LGBT+ Helpline betreibt eine gesamtschweizerische Meldestelle für LGBTQ-feindliche Hassdelikte und Diskriminierungen. Diese Vorfälle können von betroffenen Personen sowohl telefonisch als auch online an die LGBT+ Helpline gemeldet werden, welche zusätzlich Beratung und Unterstützung anbietet. Die Fragen der Online-Erfassung sind als standardisierter Fragebogen konzipiert, in Anlehnung an internationale Standards, wie sie vom Office for Democratic Institutions and Human Rights (ODHIR) der OSZE empfohlen werden.

Erfasst wurden nur Fälle, die telefonisch oder online gemeldet wurden. Die Auswertung solcher Daten lässt keine repräsentativen Aussagen zu. Es ist aber möglich, Tendenzen festzustellen und aufzuzeigen, dass LGBTQ-Feindlichkeit ein immer noch reales und ernstzunehmendes Problem ist. Somit wird auch der politische Handlungsbedarf sichtbar.

Die folgende Auswertung ist mehrheitlich quantitativ und interpretativ. Sie stützt sich auf die Meldungen im Zeitraum von Januar bis Dezember 2021. Die Auswertung orientiert sich an den bisherigen Hate-Crime-Berichten vom Mai 2021 (Meldungen 2020), Mai 2020 (Meldungen von Januar 2018 bis Dezember 2019) und vom Mai 2018 (Meldungen der Jahre 2016 und 2017). So sind Vergleiche zwischen den einzelnen Jahren möglich.

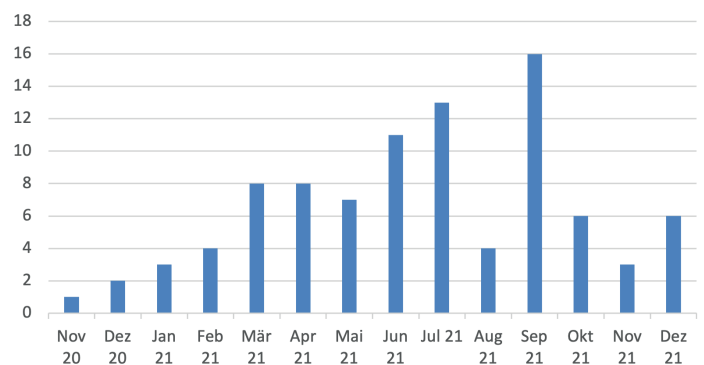
2.2 Anzahl erfasster Meldungen

50% mehr Fälle als im Vorjahr: Zwei Meldungen pro Woche

Im Jahr 2021 wurden insgesamt 92 Hate Crimes über die LGBT+ Helpline gemeldet. Darunter befinden sich drei Nachmeldungen von Fällen aus dem Jahr 2020. Die Anzahl der Meldungen ist also im Vergleich zum letzten Bericht um 50% gestiegen (von 62 im Jahr 2020). Die 92 Fälle im 2021 entsprechen fast zwei Meldungen pro Woche. Erklären lässt sich dies insbesondere mit der Sichtbarkeit queerer Menschen und Rechte im Kontext der Kampagne zur «Ehe für alle». So geht aus der untenstehenden Grafik hervor, dass die meisten Hate Crimes im Monat September (Monat der Abstimmung) stattgefunden haben. Ebenso ist in den Monaten Juni und Juli ein Anstieg zu verzeichnen. Dies ist unter anderem auf die Lancierung der Kampagne im Juni zurückzuführen.

Trotz der «Ehe für alle»-Kampagne ist zu vermerken, dass auch in den Monaten, in welchen die Kampagne nicht präsent war, tendenziell mehr Fälle gemeldet wurden als in den Vorjahren.

Zeitpunkt der gemeldeten Vorfälle



Grafik: absolute Zahlen

2.3 Alter der Meldenden

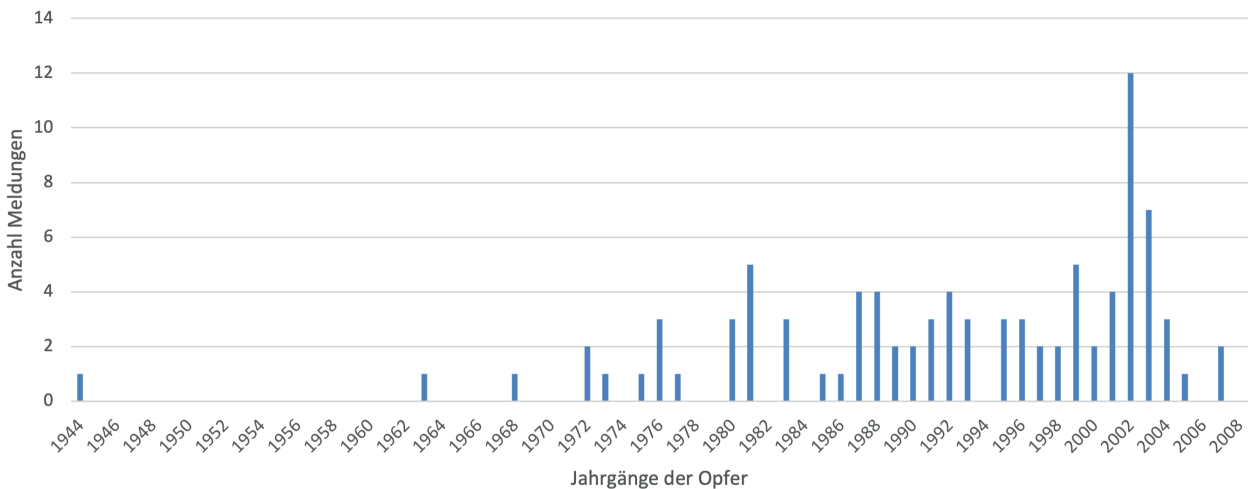
«Ich war an einem Treffen der «Ja zur Ehe für alle» Kampagne und als wir fertig waren, liefen wir zum Bahnhof. Nach dem Dönerladen wurden ich und ein Teil der Gruppe mit einem Stein oder was ähnlichem beworfen, bespuckt und beleidigt.»

«Auf dem Heimweg auf dem Weg zum richtigen Gleis wurde ich von hinten angegriffen und in den Rücken gekickt. Ich trug einen Ehe für alle Bag.»

Junge Menschen sind besonders betroffen

Wie bereits in den Auswertungen der letzten Jahre sieht man eine Häufung der Meldungen von unter 40-jährigen Personen. Besonders auffallend ist dieses Jahr die hohe Zahl von Meldungen bei den unter 22-jährigen Personen (Jahrgang 1999 und jünger). Wie bereits in den Vorjahren lässt sich dies zum einen mit der höheren Sichtbarkeit von jungen LGBTQ-Personen in der Öffentlichkeit erklären. Zum anderen spielt aber sicherlich auch hinein, dass die meisten Meldungen über ein Online-Tool erfasst werden, welches für junge Personen besser zugänglich ist.

Meldungen des Jahres 2021



Grafik: absolute Zahlen

2.4 Geschlechtsidentität und sexuelle Orientierung

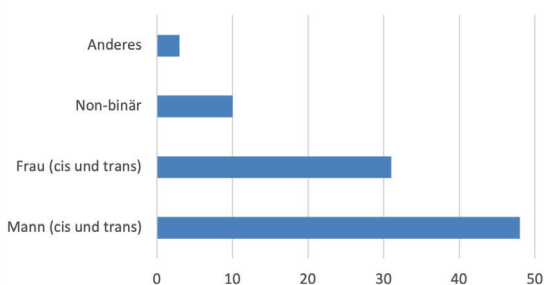
Mehr Meldungen von trans Personen

Die überwiegende Mehrheit (52%) der meldenden Personen sind cis und trans Männer. Der Anteil der cis und trans Frauen ist mit 33.6% in etwa gleich hoch wie bei der letzten Auswertung. Signifikant zugenommen haben die Meldungen von nicht binären Personen (von 3% auf 14%). Auch die Meldungen von trans Personen, die sich binär identifizieren, sind von 14% auf 18% gestiegen. Damit betrifft jede dritte Meldung eine trans Person. Dies deutet darauf hin, dass trans Personen einer besonders hohen Gefahr von Hate Crimes ausgesetzt sind bzw. diese in jüngster Zeit vermehrt auch melden.

Die höhere Betroffenheit von trans Menschen deutet darauf hin, dass die Sichtbarkeit ein sich negativ auswirkender Faktor ist. So haben auch 45% der Personen angegeben, dass sie vermuten, aufgrund ihres Geschlechtsausdrucks diskriminiert worden zu sein.

«Der Zusteller der Post hat geschimpft «huere umbaute Typ» bevor ich die Türe aufmachte.»

Geschlechtsidentität

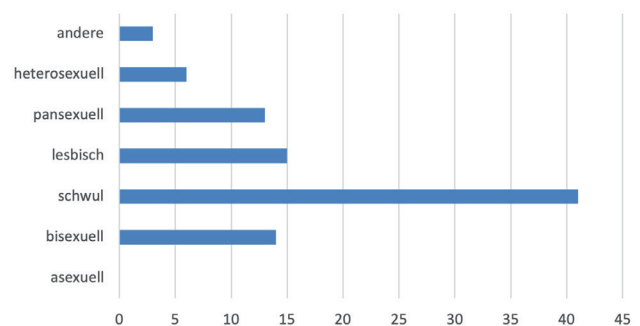


Grafik: absolute Zahlen

Mehr heterosexuelle Personen von Hate Crimes betroffen

Während 44.5% der gemeldeten Fälle von schwulen Männern stammen, sind nur 16% lesbischen Frauen zuzuordnen. Ein leichter Anstieg von LGBTQ-feindlichen Hate Crimes ist bei heterosexuellen Personen zu verzeichnen. Dies lässt sich zum einen auf die Angriffe im Rahmen der «Ehe für alle»-Kampagne zurückführen und zum anderen auf den Anstieg an Meldungen heterosexueller trans Personen.

Sexuelle Orientierung



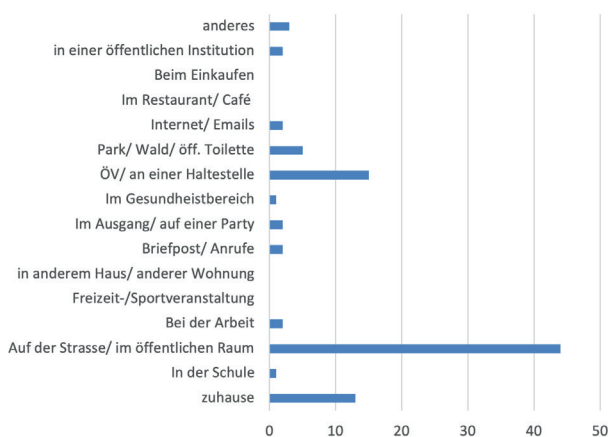
Grafik: absolute Zahlen

2.5 Orte

Mehr Fälle in den eigenen vier Wänden

Auch bei den Orten der gemeldeten Vorfälle zeigt sich das gleiche Bild wie in den letzten Jahren. Die überwiegende Mehrzahl an Fällen (48%) ereignet sich im öffentlichen Raum bzw. im öffentlichen Verkehr. Hervorzuheben ist der Anstieg (von 8% auf 14%) von Fällen, welche zuhause vorgefallen sind. Auch dies lässt sich insbesondere mit der «Ehe für alle»-Kampagne erklären, denn viele der gemeldeten Vorfälle bezogen sich auf demolierte Kampagnenfahrten.

Ort



Grafik: Absolute Zahlen

«Unsere Regenbogenflagge, welche draussen am Fenster hängt, wurde mit Brandlöchern versehen.»

«Wir standen auf unserer Terrasse als eine Gruppe von ca. 10 Jugendlichen auf dem Weg neben der Terrasse an uns vorbei gingen und uns zuriefen, ob wir LGBT wären. Meine Freundin hat ja gesagt, da meinte einer der Jugendlichen «Figg dini Fahne». Sie haben gelacht und sind davongerannt.»

2.6 Art der Gewalt

Ein Drittel erlebte körperliche Gewalt

Die meisten Opfer (ca. 80%) erlebten Beleidigungen und Beschimpfungen. 30 Personen, die ihren Vorfall meldeten, haben körperliche Gewalt erlebt. Der Anteil der Meldungen mit körperlicher Gewalt ist somit von 18% (2020) auf 30% signifikant gestiegen, was dem Niveau von 2018 entspricht. Auch die erlebte Androhung von Gewalt ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Ca. 12% der betroffenen Personen haben Verletzungen von einem Angriff davongetragen (11 Meldungen). Häufige Verletzungen waren Stauungen, Prellungen, Platzwunden und blaue Flecken.

«Blaue und gelbliche Flecken an den Oberschenkel, Bauch, Brust und an den Armen.»

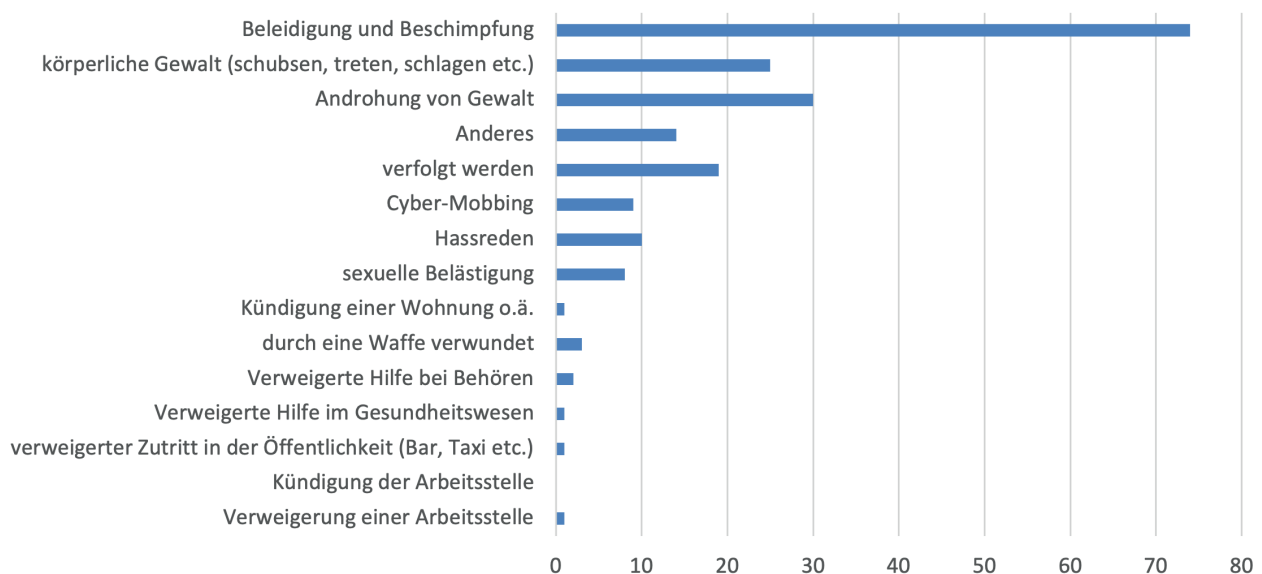
Neben der physischen Gewalt haben auch mehr Menschen Verfolgungen erlebt. Die Anzahl der gemeldeten Verfolgungen ist von 8% auf 20% gestiegen, was 30 Meldungen entspricht.

Ebenso wurden Fälle privatrechtlicher Diskriminierungen gemeldet wie bspw. das Kündigen einer Wohnung, die Verweigerung einer Arbeitsstelle oder der verweigerte Zutritt in der Öffentlichkeit. Dies zeigt klar auf, wie wichtig auch in der Schweiz ein wirksamer privatrechtlicher Diskriminierungsschutz ist.

«Eine Gruppe von fünf Jugendlichen begab sich zu unserem Coming-out Stand, tat so, als ob sie sich interessieren würden und schmissen dann die Informationsmaterialien auf die Strasse – danach flohen sie. Wir stellten im Anschluss fest, dass uns ebenfalls von Ihnen Material gestohlen wurde.»

«Ich (w) und meine Freundin liefen Hand in Hand die Gasse entlang. Es waren viele Personen draussen bei den Restaurants am Sitzen. An einem Tisch sassen ca. 10 Männer und tranken Bier (Fussball-Fans). Sie begannen zu johlen, als wir vorbeiliefen. Sie schrien «Küssen, Küssen», als sie uns als Frauenpaar sahen. Es war sehr laut und beängstigend. Sie blieben jedoch sitzen und wir liefen weiter. Niemand der vielen Menschen reagierte, obwohl mensch uns ansah, dass uns die Situation nahe ging.»

Arten der Gewalt



Grafik: Absolute Zahlen

2.7 Anzeigen bei der Polizei

Nur ein Fünftel der Fälle wird angezeigt

Genau wie in den Vorjahren wurden nur die wenigsten Fälle (15, entspricht 19.5%) bei der Polizei angezeigt. Insbesondere Beleidigungen und Beschimpfungen wurden nicht gemeldet. Die meisten Personen gaben an, die Fälle nicht gemeldet zu haben, weil sie davon ausgingen, dass es nicht zielführend sein würde oder sie unsicher waren, ob die Polizei sie ernst nehmen würde. Einige haben die Vorfälle auch nicht gemeldet aus Angst vor den Tätern oder weil sie ungeoutet waren.

«Ich kann mir nicht vorstellen, dass es viel bringt und habe das Gefühl, die Polizei würde mich erneut diskriminieren.»

«Ich möchte nicht, dass meine Familie davon erfährt (ich bin nicht geoutet). Ausserdem erfährt er bei einer Anzeige Kontaktdaten von mir. Ich habe Angst. Ich bin auch nicht körperlich verletzt worden.»

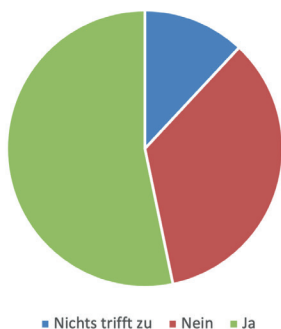
Die Personen, welche den Vorfall bei der Polizei angezeigt haben, sind grossmehrheitlich auf eine unterstützende Haltung gestossen. Zwei Personen haben jedoch angegeben bei der Polizei auf Herablassung und Spott gestossen zu sein.

2.8 Psychische Folgen

Über die Hälfte der Betroffenen kämpft mit psychischen Folgen

Auch bei der Anzahl Personen, welche psychische Folgen von den Vorfällen davontrugen, hat sich im Vergleich zur letzten Auswertung nicht viel geändert: 53% der Betroffenen leiden unter dem Vorfall unter psychischen Problemen. Die meisten suchen sich Hilfe bei Freund*innen und Familie, bei LGBTQ-Organisationen oder Psycholog*innen bzw. Psychiater*innen.

Psychische Folgen

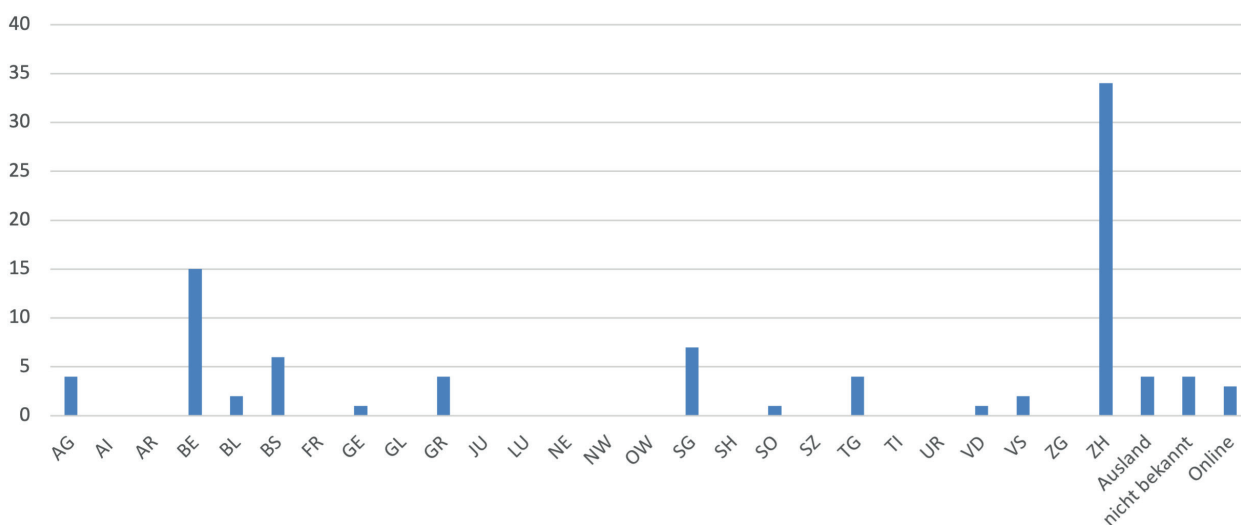


2.9 Verteilung nach Kantonen

Mehr Fälle aus dem Kanton Bern

Wie bereits in den Vorjahren kommt die Mehrheit der gemeldeten Fälle aus dem Kanton Zürich. Allerdings hat der Anteil von Fällen aus Zürich abgenommen (von 42% auf 36%). Gestiegen ist hingegen der Anteil von Fällen aus Bern (von 8% auf 16%). Dass mehr Fälle aus den städtischen Kantonen gemeldet werden, hängt vermutlich auch mit der Sichtbarkeit queerer Personen in den Städten zusammen bspw. gibt es viele Angebote für queere Menschen in Zürich. Auch ist das Meldetool in den städtischen Gebieten wohl bekannter als in ländlichen. Die Zahlen bedeuten somit nicht, dass LGBTQ-Feindlichkeit in ländlichen Gegenden weniger existiert.

Kantone



Grafik: Absolute Zahlen

3. Die Dunkelziffer: Eine Annäherung

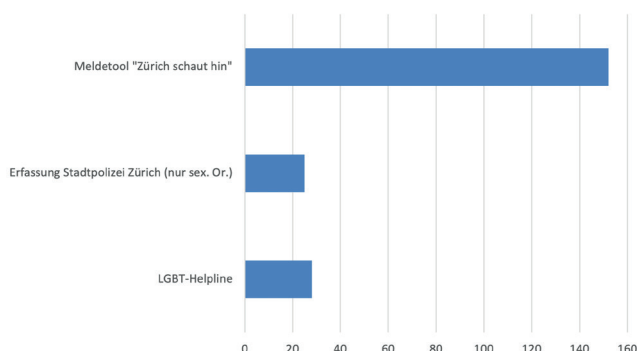
Erste Zahlen von offiziellen Stellen

Im Mai 2019 wurden in 17 Kantonen politische Vorstösse eingereicht, die eine offizielle statistische Erfassung von LGBTQ-feindlicher Gewalt forderten. LOS, TGNS und Pink Cross haben deren Einreichung koordiniert und die parlamentarischen Diskussionen begleitet. Dieses Engagement trägt nun Früchte: Seit Januar 2021 erfassen die Polizeikörper des Kantons Freiburg und der Stadt Zürich LGBTQ-feindliche Gewalt spezifisch. In weiteren Kantonen ist die statistische Erfassung in Planung und sollte ab 2023 umgesetzt werden.

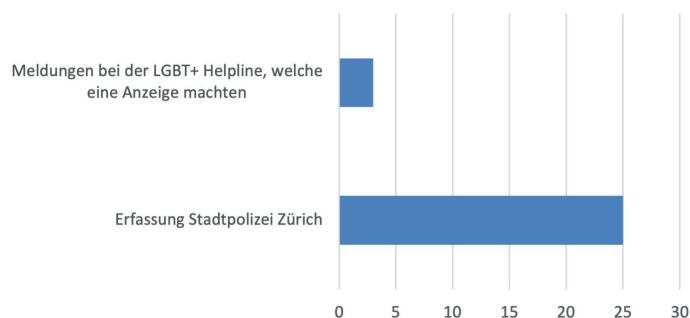
Zusätzlich hat die Stadt Zürich im Mai 2021 ein Online-Meldetool lanciert («Zürich schaut hin») und mit einer Kampagne dazu aufgefordert, Fälle von Sexismus, Homo- und Transfeindlichkeit zu melden. Durch dieses neue Meldetool und die Zahlen der Polizeikörper des Kantons Freiburg und der Stadt Zürich ist es erstmals möglich, die Meldungen bei der LGBTQ+ Helpline in einen Vergleich zu setzen und eine Annäherung zu wagen, wie gross die Zahl der tatsächlichen Fälle sein könnte.

Stadt Zürich

Vergleich Anzahl Meldungen bei verschiedenen Meldestellen Stadt Zürich



Vergleich Meldungen in der Stadt Zürich



Grafiken: Absolute Zahlen

Diese Vergleiche zeigen deutlich, dass die Meldungen bei der LGBT+ Helpline nur die Spitze des Eisbergs sind. So wurden aus dem Kanton Freiburg keine Fälle bei der LGBT+ Helpline gemeldet – bei der Polizei hingegen wurden mehrere Fälle angezeigt (die offiziellen Zahlen wurden bisher nicht publiziert). Diese Diskrepanz überrascht, kann jedoch teilweise darauf zurückgeführt werden, dass die LGBT+ Helpline in der Romandie wenig bekannt ist.

Doch auch in der Stadt Zürich ist die Anzahl der Fälle von LGBTQ-Feindlichkeit, die bei der Polizei angezeigt oder im städtischen Meldetool erfasst werden, sehr viel höher als die Meldungen bei der LGBT+ Helpline.

Aufgrund dieser Zahlen muss davon ausgegangen werden, dass die Zahl der tatsächlichen Fälle von LGBTQ-Feindlichkeit ein Vielfaches höher ist, als die Zahl der Meldungen bei der LGBT+ Helpline. Denn es ist davon auszugehen, dass auch die staatlichen Erfassungen nur einen Bruchteil der Realität abbilden können. Statt zwei Fälle pro Woche, wie sie der LGBT+ Helpline gemeldet werden, ist es wahrscheinlich realistischer, gesamtschweizerisch von mehreren Fällen pro Tag auszugehen. Zudem wird die alltägliche LGBTQ-Feindlichkeit, mit der viele queere Personen, und im Besonderen trans Personen, konfrontiert sind, meist nicht gemeldet, beispielsweise auch Mobbing in der Schule oder im Elternhaus nach einem Coming-Out.

Grenzen der Erfassung durch zivilgesellschaftliche Organisationen

Diese viel höheren Zahlen der Polizei und des stadtzürcherischen Meldetools zeigen deutlich, dass zivilgesellschaftliche Initiativen und Meldetools wie die LGBT+ Helpline an ihre Grenzen stossen. Durch die sehr begrenzten personellen und finanziellen Ressourcen der spendenfinanzierten LGBT+ Helpline können grosse Teile der Bevölkerung nicht erreicht werden. Im Gegensatz dazu konnte die Stadt Zürich mit «Zürich schaut hin» eine öffentliche Kampagne starten und eine viel breitere Öffentlichkeit erreichen.

Die LGBT-Dachverbände fordern deshalb die Politik erneut auf, die statistische Erfassung von LGBTQ-Feindlichkeit flächendeckend sicherzustellen. Dafür ist eine nationale Lösung notwendig, damit die Zahlen der einzelnen Kantone vergleichbar und die Brennpunkte ausgemacht werden können. Nur so können effizient wirksame Massnahmen zur Eindämmung von LGBTQ-Feindlichkeit ergriffen werden.

Diese Erfassungen müssen in enger Absprache mit den LGBT-Dachverbänden entstehen. Auch, um die Zugänglichkeit zu Meldetools zu gewährleisten: Betroffene müssen die Fälle unkompliziert melden können, inklusive respektvolle und korrekte Begrifflichkeiten, die der ganzen LGBTQ-Community gerecht werden, und wissen, dass sie auf geschulte, vertrauensvolle Ansprechpersonen treffen. Denn aktuell fehlt das Vertrauen in staatliche Akteur*innen, was sich auch bei der niedrigen Polizeimelderate zeigt.

4. Kampagne

«Ehe für alle»: Die Schattenseite

Ein klares Ja – aber nicht von allen

Am 26. September 2021 hat die Schweiz über die «Ehe für alle» abgestimmt und mit einem überwältigenden JA von 64% der Stimmbürger*innen klar angenommen. Die Annahme in sämtlichen Kantonen zeigte deutlich, dass die Kampagne der Zivilgesellschaft ein voller Erfolg war und gleichgeschlechtliche Paare eine hohe Akzeptanz in der Gesellschaft geniessen. Gleichzeitig bot der Abstimmungskampf den Gegner*innen der Vorlage eine Plattform für diskriminierende Aussagen: Auf Plakaten, im Schweizer Fernsehen, auf Flyern und in vielen anderen Kontexten wurde polemische und queerfeindliche Hetze sichtbar.

Gleichzeitig darf nicht ignoriert werden, dass sich 36% der Stimmbewölkerung aktiv gegen die rechtliche Gleichstellung von lesbischen, schwulen und bisexuellen Menschen ausgesprochen haben. Die VOX-Analyse im Nachgang der Abstimmung hat ergeben, dass die Gegner*innen gleichgeschlechtliche Eltern ablehnen (69%), eine gleichgeschlechtliche Ehe «unnatürlich» und «unnötig» finden (32%) oder sie aus religiösen Gründen gegen die «Ehe für alle» seien (16%)¹. Diese starke Negativität gegen gleichgeschlechtlich liebende Menschen hat sich auch auf die Stimmung in der Öffentlichkeit während der Kampagne ausgewirkt. Im Zentrum der gegnerischen Kritik standen meist auch Regenbogenfamilien und reproduktive Rechte, ob sie nun Teil der Abstimmungsvorlage waren oder nicht: Primäres Argument des Nein-Komitee war von Beginn an der Zugang zu Samenspenden

¹ Mehrfachantworten möglich, VOX-Analyse vom November 2021: <https://www.aramis.admin.ch/Default?DocumentID=68212&Load=true>

für lesbische Paare.² Und allgemein wurden rund um das Argument des «Kindeswohls» LGBTQ-feindliche und rassistische Äusserungen gemacht.³

Mehr Hate Crimes während der Kampagne

Die Zahlen der Meldestelle der LGBT+ Helpline zeigen klar: In den Kampagnen-Monaten Juni bis September wurden deutlich mehr Fälle gemeldet, viele im Kontext von Kampagnenaktivitäten (z.B. beim Verteilen von Flyer). Vermutlich ist diese hohe Anzahl mehrheitlich auf die hohe Sichtbarkeit vor allem gleichgeschlechtlicher Paare und Lebensweisen während der Kampagne zurückzuführen. So wurden viele queere – und verbündete – Menschen erst durch Kampagnenmaterialien wie Buttons, Bags, Fahnen oder Flyer als (vermeintlich) nicht-heterosexuell gelesen und als mögliches Ziel angesehen. Zusätzlich ist davon auszugehen, dass sich viele Gegner*innen durch die hohe Sichtbarkeit der «Ehe für alle»-Kampagne und die grundsätzlich positive Resonanz in Medien und Öffentlichkeit «bedroht» fühlten. In der Fachliteratur ist dieser Täter*innentyp als «Rache-Typus» definiert, der seine eigene Gruppe durch eine Minderheiten-gruppe, wie queere Menschen, direkt attackiert fühlt.⁴ Diese gefühlte «Bedrohung» kann zu Beleidigungen bis hin zu körperlichen Angriffen führen.

² Siehe Website: <https://ehefueralle-nein.ch/>

³ Siehe Medienmitteilung von der LOS zu Plakaten: <https://www.los.ch/2021/09/03/so-nicht-die-neuste-plakatkampagne-gegen-die-ehe-fuer-alle-ist-falsch-rassistisch-und-geht-am-theme-vorbei/>

⁴ Mehr dazu: Tagungsbericht Forum Hate Crime, S. 5. pinkcross.ch.

5. Auswirkungen von Hate Crimes auf die Community: Die Folgen

Hate Crimes haben nicht nur für die direkten Opfer teils schwerwiegende physische und psychische Folgen, sondern treffen die gesamte LGBTQ-Community. So zeigen Studien,⁵ dass die Reaktionen von LGBTQ-Personen, insbesondere wenn eine ihnen bekannte Person angegriffen wurde, sehr ähnlich sind wie die der direkten Opfer: Sie fühlen sich verletztlicher, ängstlicher und sind auf die Täter*innen wütend. Dies, weil Hate Crimes symbolische Attacken gegen die Differenz sind und nicht nur Taten gegen Einzelpersonen. Hate Crimes können deshalb sowohl bei den direkten wie auch bei den indirekten Opfern zu Verhaltensänderungen führen, beispielsweise zu Vermeidungsstrategien (z.B. «konformere» Kleidung tragen), aber teilweise auch zu einem verstärkten Aktivismus. Anzumerken ist hier jedoch, dass Verhaltensänderungen mit dem Ziel, nicht mehr erkennbar zu sein, nicht für alle Individuen möglich sind; insbesondere für trans Menschen kann dies auf-

5 Paterson et al. (2019).

grund körperlicher Geschlechtsmerkmale un- erreichbar bleiben.

Auch Medienberichte über Hate Crimes haben Auswirkungen auf die LGBTQ-Community, wie z.B. nach dem Anschlag auf einen Schwulenclub in Orlando, Florida (2016) oder nach den Angriffen im Rahmen der Zurich Pride 2019 erkennbar wurde. Sie führen zu einer starken Solidarisierung mit den Opfern, jedoch auch zum Gefühl von Verletzlichkeit, weil Hate Crimes als ernstzunehmende Gefahr erkannt werden.

Hate Crimes haben starke Auswirkungen auf die gesamte LGBTQ-Community. Sie müssen deshalb als solche Angriffe auf die Community auch von Politik und Gesellschaft wahr- und ernstgenommen werden. Gleichzeitig haben die Medien eine Verantwortung, Hate Crimes nicht zu skandalisieren und müssen sich der Folgen ihrer Berichterstattung für die LGBTQ-Community bewusst sein.

6. Politik und Zivilgesellschaft müssen handeln

6.1 Nationaler Aktionsplan: Das Parlament muss handeln

Parlament muss Postulat für einen nationalen Aktionsplan behandeln

Zur Verhinderung von LGBTQ-feindlichen Hate Crimes und LGBTQ-Feindlichkeit im Allgemeinen sind umfassende Präventions- und Interventionsmassnahmen notwendig. Deshalb wurde im Mai 2020 an dieser Stelle ein nationaler Aktionsplan gefordert, der ein koordiniertes Vorgehen zwischen Bund, Kantonen und Gemeinden ermöglichen würde und die drängendsten Herausforderungen rasch angehen würde.

Im Juni 2020 reichte Nationalrat Angelo Barrile ein entsprechendes Postulat für einen nationalen Aktionsplan gegen LGBTQ-feindliche Hate Crimes ein. Der Bundesrat hat dieses leider zur Ablehnung empfohlen. So wurde es bis heute nicht vom Parlament behandelt und im Juni 2022 läuft die zweijährige Bearbeitungsfrist ab, bevor es unbehandelt abgeschlossen wird.

Die LGBT-Dachverbände fordern das nationale Parlament dringend auf, dieses Postulat in der kommenden Sommersession 2022 zu behandeln und zu unterstützen. Seit vielen Jahren werden politische Vorstösse gegen LGBTQ-feindliche Hate Crimes wegen der ablehnenden Haltung des Bundesrats unbehandelt abgeschlossen. Dieses Vorgehen ist demokratiepolitisch höchst problematisch, da so das Parlament – die repräsentativen Vertreter*innen der Bevölkerung – keine Möglichkeit hat, sich mit diesem relevanten Thema zu befassen.

Bundesrat und Parlament haben die Pflicht, die Gleichstellung und den Schutz aller LGBTQ-Personen in der Schweiz zu fördern, respektive sicherzustellen. Denn schon heute ist die Schweiz nur im europäischen Mittelfeld, auf dem schlechtesten 20. Platz (von 49 Ländern) im europäischen Ranking zu den Rechten von LGBTI-Personen.

6.2 Transfeindlichkeit näher untersuchen

Die deutliche Zunahme gemeldeter Vorfälle von Transfeindlichkeit im Jahr 2021 widerspiegelt die jahrelange Erfahrung spezialisierter Stellen, dass trans Menschen besonders stark von verschiedenen Aggressionen betroffen sind. Dies bestätigte auch ein Bericht des Bundesrates vom 27.4.2022 in Bezug auf sexuelle Belästigung.⁶ Entsprechend sind die Forschungsergebnisse, die eine signifikant schlechtere psychische Gesundheit von trans Personen nachweisen, wenig überraschend.

Grundlage für wirksame Prävention gegen solche Transfeindlichkeit ist spezifisches Wissen darüber. Wer ist besonders betroffen, und was sind protektive Faktoren? Wer verübt die Taten? In welchen Formen und in welchem Ausmass geschieht Transfeindlichkeit? Was sind die Tatumstände? Wie reagieren die betroffenen Personen und welche Unterstützungsangebote gibt es? Auf alle diese Fragen fehlen schweizspezifische Antworten.

⁶ Sexuelle Belästigung in der Schweiz: Ausmass und Entwicklung Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulates 18.4048 Reynard vom 28. September 2018.

Der Bund ist aufgefordert, die spezifischen Aggressionen gegen trans Menschen näher zu untersuchen und daraus wirksame Handlungs-massnahmen abzuleiten und zu treffen.

6.3 Zivilcourage ist gefragt

Die Bevölkerung muss hinschauen

Die klare Annahme der «Ehe für alle» zeigte erneut, dass eine grosse Mehrheit der Zivilgesellschaft lesbischen, schwulen und bisexuellen Personen gegenüber positiv eingestellt ist und ihnen die gleichen Rechte zugestehen möchte. Gleichzeitig berichten viele Betroffene von Hate Crimes, dass umstehende Personen bei einem Angriff nicht reagierten. Vielfach würde jedoch eine kleine Intervention – oder ein Anruf bei der Polizei – durch Aussenstehende die Dynamik aufbrechen und ein Hate Crime verhindern oder die betroffene Person unterstützen.

Die LGBT-Dachverbände fordern die Zivilgesellschaft auf, bei Angriffen gegen LGBTQ-Personen hinzusehen und nach ihren Möglichkeiten zu intervenieren. LGBTQ-Personen sind in vielen Situationen auf diese Unterstützung angewiesen.

Weitere Hintergründe zu LGBTQ-Feindlichkeit, zu den Täter*innen und den gesammelten Forderungen der LGBTQ-Organisationen sind im Tagungsbericht «Forum Hate Crime» (2020) zu finden: pinkcross.ch

7. Begrifflichkeiten

LGBTQ-Personen

LGBTQ-Personen sind lesbische, schwule, bisexuelle, trans und queere Personen, also Personen mit einer von der Mehrheitsgesellschaft unterschiedlichen sexuellen Orientierung oder einer Geschlechtsidentität, die nicht mit dem bei Geburt zugeschriebenen Geschlecht (vollständig) übereinstimmt. In diesem Bericht werden Diskriminierung und Gewalt gegen intergeschlechtliche Personen nicht behandelt, da diese nochmals vielfältiger sind und einer erweiterten Analyse bedürfen.

LGBTQ-feindliche Gewalt

Jegliche Gewalt, die gegen LGBTQ-Personen ausgeübt wird und deren Motiv die unterschiedlich begründete Abwertung von LGBTQ-Menschen ist, wird als LGBTQ-feindliche Gewalt bezeichnet. Dazu gehören nicht nur körperliche Angriffe (siehe Hate Crimes), sondern sämtliche Gewaltformen (z.B. auch institutionelle Gewalt).

Hate Crimes

Angriffe auf Personen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung, ihres Geschlechtsausdrucks oder ihrer Geschlechtsidentität werden meist als LGBTQ-feindliche «Hate Crimes» (deutsch: Hassdelikte) bezeichnet. Es sind vorurteilsmotivierte (bias-based) Straftaten, die sich gegen Personen, Institutionen oder Gegenstände richten, die zu einer bestimmten Gruppe gehören

oder mit einer bestimmten Gruppe in Verbindung gebracht werden.

Hate Crimes sind keine eigenen Straftatbestände, sondern «gewöhnliche» Straftaten (z.B. Körperverletzung), die aufgrund einer bestimmten Gruppenzugehörigkeit der Opfer ausgeübt werden. Dabei kann es sich auch um eine vermeintliche Gruppenzugehörigkeit handeln, bspw. wenn ein heterosexueller Mann verprügelt wird, weil die Täter*innen davon ausgehen, dass er schwul ist.

LGBTQ-Feindlichkeit und Homophobie

Viele Forschungsergebnisse beziehen sich heute noch auf «Homophobie». Da es sich jedoch bei negativen Einstellungen gegen Schwule und Lesben nicht um eine Angst («Phobie») handelt, wird hier von Feindlichkeit gesprochen. Ausserdem gibt es nur wenige Studien zu «Transphobie» oder Trans-Feindlichkeit, insbesondere in Bezug auf die Schweiz fehlen solche Studien fast gänzlich. Die Ablehnung von homo-/bisexuellen und trans Personen hängen jedoch eng zusammen. Für diesen Bericht übertragen wir die Ergebnisse der Forschung zu «Homophobie» aus diesen Gründen auf LGBTQ-Feindlichkeit.

